

Sessionsvorschau

Wintersession 29. November - 17. Dezember 2021

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz
Reitergasse 9
Postfach
CH-8021 Zürich

info@die-plattform.ch

Überblick

NATIONALRAT

	Nr.	Geschäft	Beratungen	Empfehlung
	21.066	Covid-19-Gesetz (Verlängerungen)	02.12.2021	Zustimmung
	19.050	Stabilisierung der AHV (AHV 21)	07.12.2021	Bedingte Zustimmung
	20.089	BVG-Reform	07.12.2021	Bedingte Zustimmung
	21.032	Entsendegesetz	14.12.2021	Eintreten

STÄNDERAT

	Nr.	Geschäft	Beratungen	Empfehlung
	21.066	Covid-19-Gesetz (Verlängerungen)	01.12.2021	Zustimmung
	21.4184	Nachhaltige Strategie CH-EU	08.12.2021	Zustimmung
	21.4192	Beteiligung Kantone Aussenpolitik	08.12.2021	Ablehnung
	21.3975	Finanzierung CH-Teilnahme Erasmus Plus	09.12.2021	Zustimmung
	19.050	Stabilisierung AHV	15.12.2021	Bedingte Zustimmung
	21.4331	Zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub alle Paare	15.12.2021	Zustimmung
	21.4188	Homeoffice – gelebte Flexibilität legalisieren	15.12.2021	Ablehnung
	19.3630	Individualbesteuerung einführen	16.12.2021	Zustimmung

Argumentarium

NATIONALRAT

ab 02.12.2021

 21.066 Geschäft Bundesrat
Covid-19-Gesetz (Verlängerungen)
Die Unsicherheit einplanen.

Die plattform unterstützt die vorgeschlagenen Verlängerungen sowie die Bestimmungen zum Erwerbersatz für direkt von behördlich angeordneten Schutzmassnahmen betroffene Arbeitnehmende. Da die geplanten **Revitalisierungsmassnahmen** für die Wirtschaft der breiten

Masse der **Kleinstbetriebe und der Selbständigerwerbenden** kaum zugutekommen, regt die Plattform an, dass das Revitalisierungsprogramm auch Möglichkeiten für diese einschliesst.

07.12.2021



19.050 Geschäft Bundesrat

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Faire Kompensation aber keine falschen Anreize.

Auch wenn ein zentraler Punkt, die Angleichung des Referenzalters, schon verabschiedet werden konnte, bestehen auch nach der Herbstsession noch verschiedene Differenzen beim Reformprojekt: Bezüglich Höhe, Berechnung und Dauer der Ausgleichsmassnahmen für die Übergangsjahrgänge der Frauen. **Für die Plattform ist die Möglichkeit einer flexiblen Pensionierung, sei dies vor oder nach dem Referenzalter, zentral.** Es muss deshalb sichergestellt werden, dass die Rente versicherungsmathematisch exakt berechnet werden kann, damit Entscheidungsfindung und Planbarkeit für künftige Rentner verbessert werden.

Im Hinblick auf den geplanten nächsten Reformschritt ab 2030 und ein wahrscheinliches Inkrafttreten dieses Reformschritts nicht vor 2023, kämen deshalb aus Sicht Plattform für die Ausgleichsmassnahmen rund 7 Jahrgänge in Frage. Auch sollen weniger Anreize für Frühpensionierungen als in der Bundesratsvorlage vorhanden sein und längeres Arbeiten, wenn das gewünscht ist, finanziell attraktiver werden. **Der Kommissionsantrag zu alternativen Finanzierungsquellen (SNB) ist aber abzulehnen.** Solche Überlegungen können in die nächste Reform einfließen.



20.089 Geschäft Bundesrat

BVG-Reform

Umverteilung bremsen und tiefe Einkommen versichern.

Für die Plattform ist es wichtig, dass die Umverteilung in der zweiten Säule gebremst und die Situation von Geringverdienenden, bzw. Teilzeitangestellten verbessert wird. Es macht aber Sinn, dass nur diejenigen Versicherten, welche auch von der Senkung des Umwandlungssatzes im obligatorischen Bereich betroffen sind, Anspruch auf eine Entschädigung haben. Der Vorschlag der zuständigen Kommission sieht dies vor. **Die Senkung der Eintrittsschwelle und die Halbierung des Koordinationsabzugs kommt vielen bis anhin unversicherten Angestellten zugute.**

Gleichzeitig sollen die Pensionskassen, welche von der Senkung des Umwandlungssatzes profitieren, die Kompensation ihrer betroffenen Versicherten aus den dafür vorgesehenen Mitteln finanzieren. Deshalb **begrüssst die Plattform diesen Entscheid der Kommission, dass nur im Falle, dass die Rückstellungen nicht ausreichen, der Sicherheitsfonds aktiv wird.**

Was jedoch die ganze Reformvorlage akut gefährdet, sind die neu eingebrachten Steueroptimierungen in der zweiten und dritten Säule. Diese gehören nicht in diese Reformvorlage, welche lediglich das BVG im obligatorischen Bereich neu regeln soll.



21.032 Geschäft Bundesrat

Entsendegesetz. Änderung

Korrekte Umsetzung und willkommene Verbesserung Effizienz und Sanktionsmöglichkeit.

Die Revision des Entsendegesetzes wurde durch die Annahme der Motion Abate durch das Parlament notwendig. Der Vorschlag des Bundesrats setzt die Anliegen der Motion – die Einhaltung der kantonalen Mindestlöhne für Entsendebetriebe – darin um und verschärft die Sanktionen für Vollzugsorgan bei mangelhaftem Vollzug. Als weitere Neuerung soll eine elektronische Plattform für den Austausch von Informationen zwischen Behörden und Vollzugsorganen angeboten werden. Alle diese Änderungen sind zu begrüßen und dienen nicht nur dem Lohnschutz, sondern auch einer gesteigerten Effizienz des Prozesses. Es ist schwer verständlich, warum das Parlament nicht einmal

auf die Gesetzesänderung eintreten will, nachdem bei der Diskussion ums Rahmenabkommen von breiten Kreisen genau die nun geänderten Punkte gefordert wurden.

STÄNDERAT

Ab 1.12.2021



21.066 Geschäft Bundesrat
Covid-19-Gesetz (Verlängerungen)
Siehe oben.

08.12.2021



21.4184 Motion Ständerat (Minder)
Nachhaltige Strategie CH-EU
Nichtstun ist keine Option.

Nach der Havarie des Rahmenabkommens ist der Bundesrat in der Pflicht, seine Strategie zur Wahrung des institutionellen Rahmens für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu erläutern.



21.4192 Postulat Ständerat (Graf)
Beteiligung Kantone Aussenpolitik
Ausreichend Mitsprachemöglichkeiten Kantone vorhanden.

Zwar sind vor allem auch die Grenzkantone vom Verhältnis mit Europa stark betroffen, aber mit den verschiedenen Mitsprachemöglichkeiten für die Kantone - von der KdK bis hin zu den Ständevertreter:innen –, scheint ein Bericht darüber wenig zur Verbesserung der Schweizer Aussenpolitik beitragen zu können.

09.12.2021



21.3975 Geschäft Bundesrat
Finanzierung CH-Teilnahme Erasmus Plus
In die Bildungszukunft investieren.

Erasmus+ bietet für die internationale Zusammenarbeit einen unersetzlichen Rahmen, in welchem Bildungseinrichtungen aus über 30 Ländern gemeinsame Bildungs- und Forschungsinitiativen koordinieren, Innovationen im Bereich Lehren und Lernen fördern und den Austausch von bewährtem Wissen garantieren. Der Bundesrat soll dem Parlament eine entsprechende Finanzierungsbotschaft vorlegen – ein grosses Plus zugunsten des Bildungsstandorts Schweiz und eine Investition in die junge Generation.

15.12.2021



19.050 Geschäft Bundesrat
Stabilisierung AHV
Siehe oben.



21.4331 Motion Nationalrat (Mazzone)
Zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub alle Paare
Notwendige Anpassung nach Abstimmung.

Diese Anpassung des Anspruchs auf Vaterschaftsurlaub ist nach der Annahme der Bestimmungen für verheiratete Frauenpaare (Samenspende) im Zuge der Volksabstimmung über die "Ehe für alle" notwendig geworden. Die plattform-Verbände setzen sich für eine geschlechter- und zivilstandsunabhängige Gesetzgebung ein. Ein Betreuungsurlaub für beide Elternteile ist deshalb selbstverständlich.



21.4188 Motion Ständerat (Wicki)

Homeoffice – gelebte Flexibilität legalisieren

Aufhebung aller Schranken im Homeoffice nicht sinnvoll.

Die Motion ist eine Mischung aus verschiedenen hängigen Vorstössen zum Thema Flexibles Arbeiten. **Sie fordert** aber, im Gegensatz zu den anderen Vorstössen, die **bewilligungsfreie Sonntagsarbeit, Unterbrechung der Ruhezeit und das Nettoprinzip der Überzeit für alle Angestellten im Homeoffice**, nicht nur für Leute mit Arbeitszeitautonomie, in Führungsposition oder einem Mindestlohn von 120'000 CHF pro Jahr. Damit schiesst die Motion eindeutig weit über das Ziel hinaus. Bei flexiblen Arbeitsmodellen soll die mögliche Autonomie besser genutzt werden können, gleichzeitig aber auch die nötigen Schutzmassnahmen spezifisch für flexibles Arbeiten zum Zug kommen.

16.12.2021



19.3630

Individualbesteuerung einführen

Die Zeit ist überreif für ein zeitgemässes Steuersystem.

Eine Individualbesteuerung erhebt Steuern einzig aufgrund der persönlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unabhängig von Zivilstand oder Lebensform. Die jetzigen negativen Erwerbsanreize für Zweitverdiener werden bei einer Einführung beseitigt und eine Erwerbsarbeit lohnt sich wieder. Gewünschte steuerliche Abzüge, z.B. für betreuungspflichtige Kinder, sind davon nicht betroffen.

Kontakt | die-plattform.ch

— Dr. Ursula Häfliger, Geschäftsführerin, T +41 44 283 45 78, info@die-plattform.ch

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

Die plattform ist die politische Allianz unabhängiger und lösungsorientierter Angestellten- und Berufsverbände. Mit über 88'000 Mitgliedern agiert sie im Interesse der Dienstleistungsberufe, in denen derzeit 80 Prozent der Erwerbstätigen tätig sind (Tendenz steigend) sowie der Wissensberufe, der am stärksten wachsenden Gruppe von Berufsleuten in der Schweiz. Sie arbeitet an innovativen Lösungen in bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Dossiers. Denn nur so können Erwerbstätige befähigt werden, ein erfülltes Berufsleben zu gestalten und ihr Potenzial über den gesamten beruflichen Werdegang hinweg zu entfalten. Starke und selbstbewusste Berufsleute sind der Grundstein für eine moderne und offene Gesellschaft.

**kaufmännischer
verband**
mehr wirtschaft. für mich.

A Angestellte
Schweiz

**SKO
ASC
ASA** Schweizer
Kader
Organisation
Das Kompetenzzentrum für Führungskräfte

veb.ch

Zgp Zürcher Gesellschaft für
Personal-Management

Verkauf Schweiz
Vente Suisse
Vendita Svizzera
Versand vertriebsorientierter Tätigkeiten in Firmen
Associazione dei professionisti di la vendita e delle imprese
Associazione dei professionisti della vendita e delle aziende

**Kaderverband des öffentlichen Verkehrs KKV
Associazione dei quadri del trasporto pubblico ADTP
Association des cadres des transports publics ACTP**